

Es gilt das  
gesprochene Wort

Rede des CSU-Vorsitzenden, Staatsminister  
Erwin Huber, auf dem sicherheitspolitischen  
Kongress der CSU am 15. Dezember 2007 in  
München

„Sicherheit für unsere Bürger  
in Zeiten globaler Risiken“

---

## I. SICHERHEITSPOLITISCHE DEBATTE

### OFFENSIV FÜHREN

*„Die Verteidigungsgrenzen der freien Welt ziehen sich heute um den ganzen Erdball. Auf ihm gibt es viele heiße Punkte.“*

Mit diesen Sätzen hat Franz Josef Strauß am 7. Februar 1952 in der Debatte zur Wiederbewaffnung den Kurs der Union maßgeblich bestimmt. Er ist bis heute Vorbild einer standhaften deutschen Politik für unsere Werte und Interessen, für Westbindung und NATO. Diese Fundamente mussten gegen den erbitterten Widerstand von links durchgesetzt werden. **Ich fühle mich dem großen Erbe christlich-sozialer Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet.**

Ich danke **Christian Schmidt und dem Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik** für die wegweisenden Beiträge zur sicherheitspolitischen

Debatte in Bund, Land und Europa, aber auch für die Meinungsbildung vor Ort in der Diskussion mit den Bürgern.

**Die CSU steht für eine Politik, die von Wertorientierung, Realismus und Verlässlichkeit getragen ist.** Mir gefällt es, wenn die Kanzlerin zu den Menschenrechten in China und zu Demokratie und Rechtsstaat in Russland offene Worte findet. Das gehört zu einem selbstbewussten Deutschland. Man kann nur entsetzt sein über die **Bücklinge von Schröder in Russland und China.**

Russland hat gezeigt, dass dort unvermindert „makellose Wahlfälscher“ am Werk sind. Und Außenminister **Steinmeier** muss aufpassen, seinen inneren Kompass nicht zu verlieren. Er war ja nahe genug dran an einem Kanzler, der 2005 das Waffenembargo gegen China in einsamer Entscheidung im Gegensatz zur Union aufheben wollte.

**Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und keinen Wohlstand.** Wir müssen die sicherheitspolitische Debatte offensiver führen, sonst werden andere Kräfte unser Volk verführen mit einer bequemen, aber gefährlichen Ohne-mich-Haltung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es große **Erwartungen** an die verlässliche Zusammenarbeit mit

Deutschland – wie zum Beispiel in Mazedonien, in Bosnien, im Kosovo, auf See vor dem Libanon und in Afghanistan. Wir müssen deutlich machen: Sicherheitspolitische Verweigerung führt nicht zum Weltfrieden, sondern ist unverantwortlich und gefährlich. **Wir brauchen eine neue Qualität in der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland und Europa. Die CSU will hierzu einen Anstoß geben.**

## **II. SICHERHEIT FÜR UNSERE BÜRGER:** **GRENZÜBERSCHREITEND, VERNETZT,** **MEHRDIMENSIONAL**

Was bedeutet Sicherheit am beginnenden 21. Jahrhundert? **Für Sicherheit heute muss man grenzüberschreitend, vernetzt und mehrdimensional denken und handeln.**

**Erstens:** Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es **neue globale Risiken** - den internationalen Terrorismus, die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln atomarer, biologischer und chemischer Art, Konflikte um Wasser, Rohstoffe und Energie, die Auswirkungen von Armut, Überbevölkerung, Umweltzerstörung, Flucht, Vertreibung und Migration.

Dabei kann jede weit entfernt erscheinende Entwicklung **direkte Auswirkungen auf Deutschland** haben. **Wir Deutsche sind unmittelbar und mittelbar Betroffene von Instabilität und Unsicherheit.** Jeder Anschlag auf ein Ölfeld treibt den Ölpreis, jede Verknappung der Rohstoffzulieferung und jede Gefahr für die Weltkonjunktur gefährden deutsche Arbeitsplätze.

**Zweitens:** Ein einzelner Staat kann allein die Sicherheit seiner Bürger nicht gewährleisten. Sicherheit braucht eine **Weltinnenpolitik** in Partnerschaft und Zusammenarbeit. Mehr denn je beruht der Weltfriede auf **kollektiver und vernetzter Sicherheit**. Deshalb brauchen wir weiterhin die NATO. **Kein Staat kann Schutz erwarten, ohne Schutz zu gewähren.**

**Drittens:** Wir müssen **Sicherheit in einem neuen, umfassenden Sinne verstehen**. Dazu gehören soziale Sicherheit, stabile Finanzen, Umweltschutz, Klimaschutz und Energiesicherheit ebenso wie Rechtssicherheit nach innen und außen bis hin zur Sicherheit vor Erpressung und Gewalt. Alles hängt mit allem zusammen.

Der Kompromiss zum Weltklimaschutz von **Bali** muss nun von den 180 Teilnehmerstaaten in verbindliche Richtlinien und entschiedene Taten umgesetzt werden. Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe für Stabilität und Sicherheit unserer Lebensgrundlagen. Hier muss die Staatengemeinschaft Handlungsfähigkeit zeigen, um nicht ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.

Mit Blick auf die deutsche Politik will ich zunächst feststellen: Für die Wahrnehmung deutscher Interessen brauchen wir dringend eine umfassende **Gesamtkonzeption der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.**

In Zukunft müssen wir den vernetzten Ansatz zur **Prävention von Konflikten** deutlich ausbauen. **Prävention ausbauen, Intervention unnötig machen - nach dem Motto: Hilfe zur Selbsthilfe!** Hierfür kann Deutschland mit seinem guten Ruf in aller Welt Vorreiter und **ehrllicher Makler** sein.

Dazu ein Beispiel: Europa hat als unmittelbarer Nachbar der islamischen Welt ein existenzielles Interesse daran, dass religiöse und kulturelle Unterschiede nicht in **Hass** und **Gewalt** münden. Wir müssen deshalb den **interkulturellen und interre-**

**ligiösen Dialog verstärken.** Gerade hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die **auswärtige Kulturpolitik** als wichtigem Teil unserer Außenpolitik. Aber auch die Angehörigen des Islams müssen zum friedlichen Zusammenleben beitragen. Ich sage deutlich: **Gewaltbereite Extremisten dürfen in deutschen Moscheen keinen Schutzraum haben. Sie müssen den Sicherheitsbehörden gemeldet werden. Sonst bleibt jeder Dialog ein leerer Begriff.**

Zur Prävention brauchen wir auch ein **konsequentes Vorgehen gegen den Missbrauch bei der Visa-Vergabe.** Dazu sind in den deutschen Botschaften von Moskau und Kairo neue Fälle bekannt geworden. Reisefreiheit darf nicht über die Sicherheit in Deutschland gestellt werden. Ich fordere von Außenminister Steinmeier einen konsequenten und lückenlosen Schutz unserer Bürger.

**Viertens:** Als Antwort auf die neuen Herausforderungen brauchen wir eine grundlegende **Anpassung der Sicherheitsstrukturen in Deutschland, in Europa und in der NATO.**

Ausgangspunkt der CSU bleibt der **Dreiklang unserer Außenpolitik:**

1. Zusammenarbeit in der Europäischen Union,
2. transatlantische Partnerschaft,
3. internationale Kooperation.

Kein Element darf gegen das andere ausgespielt werden.

Die CSU wird niemals vergessen, dass die **transatlantische Partnerschaft** und die Freundschaft zu den USA Grundpfeiler unserer Sicherheit und Freiheit sind. Das müssen wir gerade gegen den **Anti-Amerikanismus** der Linkspartei immer wieder aussprechen: **Ohne die USA keine Wiedervereinigung und keine volle staatliche Souveränität!**

Aber klar ist auch: Wir sind Partner und selbstbewusste Verbündete. Die transatlantische Brücke ist keine Einbahnstraße. **Freundschaft heißt auch ehrliche Diskussion.**

Dazu gehört gerade vor dem Hintergrund unserer westlichen Wertegemeinschaft und ihrer Wurzeln in Christentum, Humanismus und Aufklärung die klare Ansage: **Guantanamo ist für uns mit Rechtsstaatlichkeit und westlichen Werten nicht vereinbar.**

Ich unterstütze ausdrücklich unsere Bundeskanzlerin, die sich hierzu eindeutig geäußert hat. Das größte Pfund des Westens, der NATO und Europas ist unsere **Glaubwürdigkeit**. Wir sind Vertreter des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Charta der UN. Wir sind nicht der Lehrmeister der Welt, aber unser Menschenbild und unsere Werte werden für andere überzeugender, wenn wir sie selber glaubwürdig leben. **Deshalb ist Guantamo kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche.**

Wir in der CSU bekennen: Die **NATO** bleibt die wichtigste Organisation für die Verteidigung und Sicherheit. Das Bündnis muss sich allerdings politisch und militärisch an den neuen globalen Wirklichkeiten ausrichten und die zivilen und militärischen Fähigkeiten verbessern. Hierzu ist eine **angepasste strategische Grundlage** notwendig.

Wir brauchen vor allem eine größere Kohärenz zwischen **EU und NATO**. Die bisherige Zusammenarbeit ist völlig unzureichend. **Die Beziehungen zwischen EU und NATO sollten in einem umfassenden Vertrag geregelt werden.**

Aus meiner Sicht muss auch zu den Plänen zur **Stationierung amerikanischer Flugkörperabwehr gegen die Bedrohung aus dem Iran** eine Lösung im Rahmen der NATO gesucht werden. Die Kooperation im NATO-Russland-Rat ist auszubauen. Das Ziel des geplanten Abwehrsystems muss sein, **europäische Sicherheit insgesamt** zu schützen. Dies ist auch elementares deutsches Interesse. Deshalb müssen alle politischen Mittel und auch abgestimmte wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, um den Iran zur Einsicht zu bringen.

**Gemeinsame Bedrohungen machen gemeinsame Antworten notwendig.** Bei meinen Besuchen in den USA werde ich immer wieder gefragt, warum Europa nicht aus seiner sicherheitspolitischen Passivität herauskommt. Da gibt es zwar viele Vorurteile. Aber eines ist schon wahr: Wir Europäer brauchen Antworten, wie wir mit der rasanten internationalen Entwicklung Schritt halten können.

Wir brauchen hier dringend eine bessere **Umsetzung der aktuellen europäischen Sicherheitsstrategie. Das muss endlich eine Kernaufgabe der EU werden.**

Gerade im Bereich der zivil-militärischen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung können die Europäer wirksame Beiträge zu gemeinsamen Missionen leisten. Ich nenne als Beispiel Polizeieinsätze in Krisengebieten oder Kräfte für Justiz und Verwaltungsaufbau.

Der am Donnerstag unterzeichnete **Vertrag von Lissabon** bringt hoffentlich die Konsolidierung nach innen. Mit dem neuen Reformvertrag wird die EU wieder handlungsfähiger und demokratischer. Jetzt kann sich die EU konzentrieren auf die Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Organisierten Kriminalität, auf den Klimaschutz und die Sicherstellung der Energieversorgung. Und nun ist es vor allem die Aufgabe der EU, die Interessenswahrung nach außen zu verstärken.

Das ist ein wichtiges Ergebnis der jüngst veröffentlichten Bertelsmann-Studie: „*Wer regiert die Welt?*“ Die Menschen fordern, dass die Europäische Union im Konzert mit den USA, China und Russland für europäische Interessen gleichberechtigt mitspielt. **Die Legitimation Europas und sein Rückhalt bei den Menschen werden sich in Zukunft am Auftreten Europas nach außen entscheiden.**

Wenn wir ein starkes, handlungsfähiges Europa als **Wertegemeinschaft** wollen, dann müssen wir auch klare Grenzen für seine Erweiterung ziehen. Die **Türkei** ist unser Partner in der NATO. Aber wenn die Türkei Mitglied der EU wäre, würden wir nichteuropäische Konflikte in Nahost, Irak und Kaukasus nach Europa importieren. Wir müssen die Grenze Europas vor Zonen der Instabilität ziehen. Wir müssen gemeinsam handlungsfähig und glaubwürdig sein. **Auch deshalb sage ich: Partnerschaft mit der Türkei ja – Beitritt nein!**

Eine gesamteuropäische Friedensordnung gerade auch auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens und die Lösung wichtiger sicherheitspolitischer Probleme weltweit lassen sich nur mit **Russland** erreichen. Die Vertiefung der Beziehungen der EU mit Russland liegt im deutschen Interesse. Aber wir müssen auch ehrlich zu uns und zur russischen Führung sein: Die **Aussetzung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte** in Europa (KSE) muss als **verantwortungslos** bezeichnet werden. Sie dient offensichtlich rein demagogischen Zwecken. Um unserer eigenen Glaubwürdigkeit willen müssen wir auch offen sagen: Die Wahl in Russland war nicht lupenrein demokratisch, sondern lupenrein

manipuliert. Das ist auch nicht beschönigend „*ge-  
lenkte Demokratie*“ zu nennen. Nur einer gibt Voll-  
gas zur Ehrenrettung: unser Ex-Kanzler. Volker  
Kauder hat es auf den Punkt gebracht: „**Wes’ Brot  
ich ess, des’ Lied ich sing!**“

Was Schröder zur tragischen Figur macht, wäre für  
Deutschland wirklich tragisch. Wir dürfen von un-  
seren Energielieferanten niemals politisch er-  
pressbar werden. Deshalb muss die **Energie- und  
Rohstoffsicherheit** ein Kernpunkt unserer umfas-  
senden Sicherheitsstrategie sein. **Strategische  
Energiepolitik nach innen und außen ist eine  
zentrale Macht- und Sicherheitsfrage des 21.  
Jahrhunderts. Wir fordern deshalb eine neue  
gemeinsame EU-Strategie, um einseitige Roh-  
stoffabhängigkeiten zu reduzieren.** Damit errei-  
chen wir mehr Einfluss Europas für Menschenrech-  
te, Sicherheitsinteressen und wirtschaftliche Inte-  
ressen.

Zu den komplexen und über Jahrzehnte gewach-  
senen Konflikten im **Nahen Osten** stelle ich fest:  
Die neue, multilateral angelegte Initiative der USA  
macht Hoffnung. Die Einbeziehung aller Regio-  
nalmächte ist Voraussetzung einer tragfähigen Lö-  
sung. Zugleich sage ich: Wir werden gegenüber

aggressiven Regimen wie im **Iran**, die nachweislich den Terrorismus finanzieren, nur mit konsequentem internationalen Druck bestehen können. Es wäre fahrlässig und naiv sich nach den jüngsten US-Geheimdienstberichte über das iranische Atomprogramm vorschnell in Sicherheit zu wiegen: Der Bericht dokumentiert lediglich, dass Iran im Augenblick wahrscheinlich seit 2003 kein aktives Atomwaffenprogramm mehr besitzt. Doch ein solches Programm kann wieder aufgenommen werden. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die iranische Führung die zentralen Punkte der beiden bisherigen UN-Resolutionen nach wie vor **rücksichtslos ignoriert**. Die Forderungen nach einer unverzüglichen Aussetzung der Urananreicherung und einer vorbehaltlosen Kooperation mit der Atomenergiebehörde bleiben nach wie vor **unerfüllt**. Gleichzeitig ist der Iran im Besitz eines sehr ehrgeizigen Raketenprogramms und bedroht Israel verbal mit der Auslöschung. **Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.**

Die Haltung Deutschland in der Gruppe E3+3 muss daher klar bleiben: Wir müssen Verhandlungen über eine **dritte UNO-Resolution vorantreiben**. Es gilt hierbei, China und Russland im Boot zu halten. Das Vorgehen unter dem Dach der UN

ist die richtige Strategie, um Iran zu einem Einlenken zu bewegen. Und eines muss klar sein: Wer den Holocaust leugnet, wie der verblendete Präsident des Iran, **dem müssen wir Deutsche mit aller Entschiedenheit begegnen.**

Wir als Deutsche müssen immer wieder klar zum Ausdruck bringen: Die Menschen in Israel und Palästina sind durch die gleiche Würde verbunden. Wir treten daher ebenso für das **Existenzrecht Israels** ein wie für das **Recht des palästinensischen Volkes, in einem eigenen Staat zu leben.** Ich darf hier an diesem Ort hinzufügen: Die **Hanns-Seidel-Stiftung** leistet gerade im Nahen Osten - und nicht nur dort - eine überaus wertvolle Arbeit für Frieden und Völkerverständigung. Dafür sage ich Respekt und Dank.

### **III. AUFTRAG UND ZUKUNFTSSTRATEGIE** **DER BUNDESWEHR**

Wer in internationalen Gremien mitreden und mitentscheiden will, der muss im Ernstfall auch militärisch mithandeln können. **Mitsprache braucht die Fähigkeit zum Mithandeln** – politisch, finanziell, technologisch und auch personell. Diese Fähigkeit müssen wir weiter verbessern.

Freiheit und Sicherheit müssen es uns wert sein, eine zukunftsfähige und **bündnisfähige Bundeswehr** solider als bisher zu finanzieren und den Ausbau gemeinsamer **europäischer Kräfte** offensiv zu unterstützen.

Freiheit und Sicherheit brauchen aber auch eine Strategie zur **Verhinderung einer Überdehnung unserer Kräfte**. Entscheidungen über **Auslandseinsätze** der Bundeswehr brauchen für die Bürger klare, nachvollziehbare Einsatzkriterien. Die **CSU-Landesgruppe** und der **Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU** haben hier wegweisende Arbeit geleistet. Entscheidend ist, dass der Einsatz in ein **ausgewogenes politisches Gesamtkonzept** eingebettet wird. Die CSU ist deshalb bei Entscheidungen über Auslandseinsätze **sehr zurückhaltend** und unterstützt sie nur unter strengen Bedingungen.

Für den **Einsatz in Afghanistan** heißt das für mich: Wir müssen weiterhin **Hilfe zur Selbsthilfe** leisten. Aber wir müssen auch definieren, was Ziel und damit Ende dieses Einsatzes ist. Wir brauchen eine ehrliche Evaluierung. Das **neue Afghanistan-Konzept der Bundesregierung** ist eine gute Weiterentwicklung. Nach den Eindrücken meines Be-

suches will ich sagen: **Erstens** müssen wir den **Ausbau der einheimischen Sicherheitskräfte** viel stärker in den Mittelpunkt der internationalen Anstrengungen stellen. **Zweitens**: Ich fordere einen **nationalen Afghanistan-Koordinator**. Er soll eine Abstimmung der zivilen und militärischen Einzelkomponenten des deutschen Engagements in Afghanistan gewährleisten und die Arbeit der verschiedenen beteiligten Ministerien, Organisationen und Bundesbehörden strategisch bündeln. **Unsere Soldaten sind keine Weltpolizisten, sondern können nur Aufbauhilfe leisten und absichern, die auch von der einheimischen Bevölkerung getragen wird.**

Und zum anderen brauchen wir endlich eine **Strategie und ein härteres Vorgehen gegen den Drogenhandel**. Was sollen unsere Soldaten und ihre Familien zu Hause denken, wenn sie mit ihren Jeeps durch die Mohnfelder fahren, ohne eine umfassende Strategie gegen die kriminellen Netzwerke? **Die Bekämpfung des Drogenhandels ist eine Grundvoraussetzung unserer Sicherheit und für eine gute Zukunft dieses geschundenen Landes. Ich fordere eine internationale Konferenz gegen den Drogenhandel in Afghanistan.**

Ich war tief beeindruckt vom Dienst unserer 3.500 Soldatinnen und Soldaten. Außenminister **Spanta** und der Isaf-Kommandeur **McNeil** haben mir bestätigt: Die Bundeswehr hat bei den Partnern und bei den Einheimischen einen hervorragenden Ruf. Die Truppe arbeitet hoch motiviert und professionell im internationalen Kontext.

Ich verfolgte die Afghanistan-Debatte im Deutschen Bundestag auf der Bundesratsbank. Gysi bezeichnet unsere Soldatinnen und Soldaten als „Besatzer“ Afghanistans. Lafontaine vergleicht sie mit Terroristen. So verrät die Linke die Opfer des Terrors und stellt ihre Beschützer an den Pranger. Hier müssen wir gemeinsam dagegen halten. Der Rückhalt für den wehrhaften Staat muss breiter Konsens in unserer Gesellschaft bleiben. Wir in der CSU geben der Bundeswehr unsere politische und auch unsere **menschliche Unterstützung**. **Unsere Soldaten dienen fern der Heimat und hier bei uns ihrem Vaterland. Ich sage unseren Soldaten und ihren Familien unseren herzlichsten Dank und tiefen Respekt.**

Aus aktuellem Anlass ein Wort zum **Kosovo**. Die EU und Deutschland haben hier eine besondere

Verantwortung. Es ist richtig, dass die NATO im Kosovo bleibt und auch die Bundeswehr Kräfte zur Verfügung hält.

**Hier steht Europa erneut vor einer Bewährungsprobe seiner Handlungsfähigkeit.** Kosovo ist ein Teil Europas. Daher muss die EU dort verstärkt Verantwortung übernehmen. Die USA und Russland müssen als Partner Europas im Prozess bleiben. Eine Eskalation auf dem Balkan, eine humanitäre Tragödie wie in den 90er Jahren dürfen wir nicht zulassen.

Ziel der Kosovo-Politik muss es sein, durch eine dauerhafte Lösung der Statusfrage die regionale Stabilität zu fördern. Das heißt für die CSU: **Weitergehende und endgültige Unabhängigkeit unter der Berücksichtigung der ehemaligen innerjugoslawischen Grenzen.** Der Weg zur Lösung des Konflikts liegt im **Athisaari-Plan**. Hierzu gehört die Schaffung eines demokratisch verfassten Kosovo, in dem alle Einwohner unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können.

Hierzu gehört es allerdings auch, **allen Ländern des westlichen Balkans eine europäische**

**Perspektive** anzubieten, dies gilt auch für Serbien. Europa muss die Völker des Balkans ebenso zusammenführen wie einst Deutschland und seine Nachbarn.

Bei meinem Besuch in Afghanistan habe ich mich auch gefragt: Warum dürfen unsere Soldaten im Ausland Bürger und staatliche Einrichtungen schützen, aber nicht bei uns in Deutschland? Zum Streitthema **Einsatz der Bundeswehr im Inneren** habe ich eine klare Position. Angesichts neuer Bedrohungslagen ist es unverzichtbar, dass die besondere technische Ausstattung und die speziellen Fähigkeiten und Mittel der Bundeswehr im Dienst unserer Bevölkerung genutzt werden können. Ich nenne nur den **Fall eines Terrorangriffs aus der Luft**. Hier kann die Polizei nicht eingreifen, die Bundeswehr darf es bislang nicht, noch nicht einmal im Falle eines nur von Terroristen besetzten Flugzeugs. Für diese Krisenfälle braucht die **Bundeswehr endlich klare Rechtsgrundlagen**. Das Konzept des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der CSU liegt auf dem Tisch.

Der Aufbau eines **integrierten nationalen Gesamtsicherheitskonzeptes**, in dem sich die Kräfte

für äußere und innere Sicherheit wirksam ergänzen, ist unerlässlich.

Aus Überzeugung sage ich: **Die CSU bleibt Anwalt der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee.** Vor 50 Jahren, am 19. Mai 1957, wurde in Mittenwald das erste öffentliche Rekrutengelöbnis in der Geschichte der Bundeswehr zelebriert. Die bewegenden Worte des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß sind heute im O-Ton im Internet zu hören. Man spürt die Last der Verantwortung, aber auch den Stolz des neuen Selbstbewusstseins.

Die **Allgemeine Wehrpflicht muss bleiben** - nicht nur wegen der sicherheitspolitischen Aspekte, sondern wegen ihrer wichtigen **gesellschaftspolitischen Bedeutung**. Die Allgemeine Wehrpflicht garantiert einen permanenten Austausch zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft. In Bayern gibt es 50.000 Reservisten. Sie sind als Bürger in Uniform auch wichtige Träger und Vermittler in der sicherheitspolitischen Debatte. **Die Stärke und Wehrhaftigkeit unserer demokratischen Gesellschaft kann nicht der Staat verordnen, sie muss aus der Mitte des Volkes wachsen. Auch deshalb ist die Allgemeine Wehrpflicht unverzichtbar.**

Die Wehrpflicht muss gerechter und moderner gestaltet werden. Mit unserem neuen **Grundsatzprogramm** hat die CSU Eckpunkte zur **Weiterentwicklung der Wehrpflicht** einstimmig beschlossen. Wir wollen „*eine Ausdehnung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer*“. Wir wollen „*den Dienst auch im Zivil- und Katastrophenschutz*“ ermöglichen. (CSU-Grundsatzprogramm, S. 171)

Nicht demjenigen dürfen Vorteile entstehen, der seinen Dienst nicht leistet, **sondern derjenige muss positive Anreize erhalten, der seinen Beitrag für die Allgemeinheit leistet**. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Ich bitte den Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik ein Konzept zu erarbeiten, das alle gesellschaftlichen Kräfte und insbesondere die Wirtschaft einbindet.

Wenn die SPD eine „**freiwillige Wehrpflicht**“ fordert, dann ist das kein Beitrag zur Wehrgerechtigkeit, sondern de facto die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht. Eine freiwillige Pflicht gibt es nicht. Mit uns ist das nicht zu machen. **Die CSU bekennt sich ausdrücklich zur Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht.**

#### **IV. VERMITTLUNGSAUFGABE FÜR EIN NEUES SICHERHEITSBEWUSSTSEIN**

Tragen wir alle gemeinsam die sicherheitspolitische Debatte in die Mitte unserer Gesellschaft! Der Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation, zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Faustrecht und Menschenrecht fordert uns auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts. **Vor allem: Wir in der Führungsverantwortung der großen Parteien, die Führungseliten in Politik, Staat und Gesellschaft dürfen sich niemals Stimmungen anpassen, sondern wir müssen Meinungen bilden!**

Deutschland hat eine führende Rolle in Europa und in der Staatengemeinschaft. Die Sondermentalität des Provisorium-Deutschland hat schon seit 1990 und spätestens seit dem 11. September 2001 ausgedient. **Deutschland muss Abschied nehmen vom historischen Passiv.** Das Deutschland des beginnenden 21. Jahrhunderts braucht einen positiven Begriff von sich selbst und seiner Bedeutung für eine friedliche und sichere Welt. **Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.** **Diesem Auftrag stellt sich meine Partei.** **Dieser Kongress leistet dazu einen Beitrag.** **Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**